
3/2008 - 31. Oktober 2008

Die französisch-chinesischen Beziehungen oder das vorolympische Psychodrama im Kontext

von Pierre Rousset ¹

Die olympischen Spiele wurden zur Gelegenheit eines echten Psychodramas zwischen der französischen und der chinesischen Regierung. Präsident Nicolas Sarkozy war gegenüber der Zerschlagung der Aufstände in Tibet lange still geblieben, bis er – unter dem Druck der öffentlichen Meinung – ankündigte, dass er nicht plane, an der Eröffnungszeremonie teilzunehmen. Im schlimmsten Moment der Krise, nach dem tumulthaften Zug der olympischen Flamme durch Paris, protestierte Peking nachdrücklich und Internetnutzer organisierten einen Boykott gegen Geschäfte der Ladenkette Carrefour, die in China stark vertreten sind.

Nicolas Sarkozy hat das Bild eines schlampigen, prahlerischen und inkonsistenten Präsidenten abgegeben. Die chinesische Standhaftigkeit hat sich ausgezahlt: Peking hat alles erhalten, was es wollte. Französische Delegationen sind nach China gereist, um Abbitte zu leisten. Sarkozy hat ein Treffen mit dem Dalai Lama während dessen Besuchs in Frankreich im August abgesagt (nachdem er vor dem Europäischen Parlament erklärt hatte, den Drohungen der chinesischen Botschaft nicht nachzugeben) und hat, ohne Bedingungen zu stellen, an der Eröffnung der Spiele teilgenommen.

Wirtschaftsbeziehungen

Das französisch-chinesische vorolympische Psychodrama war heftiger als das, was sich in anderen Ländern abgespielt hat. Es hat einen wirtschaftlichen Schwachpunkt Frankreichs aufgedeckt. Französische Geschäftsleute haben nicht versäumt, den Präsidenten daran zu erinnern, dass das Gewicht Frankreichs in China weniger schwer wiegt als das Deutschlands.

Es gibt mehr als 600 französische Konzerne mit mehr als 1400 Standorten in China, außerdem diverse Kooperationsprogramme. Die « großen Verträge » beziehen sich auf den Flugzeugbau, wie den deutsch-französischen Airbus und Eurocopter sowie Alcatel in der Raumfahrt, Hochgeschwindigkeitszüge (Alstom), Atomenergie (Areva, Alstom und EDF). Unter den anderen wichtigen Investitionen sollten der Automobilbau (Citroen, Michelin,...), die Umweltwirtschaft (Veolia), das Baugewerbe (Lafarge) sowie Handelsketten (Carrefour) Erwähnung finden.

China ist der fünftgrößte Lieferant Frankreichs: seine Marktanteile (6,3%) erreichen 28% bei Kleidung und 20% bei Elektronik. Frankreich hat das größte bilaterale Außenhandelsdefizit (noch vor Deutschland) mit fast 20 Milliarden Euro. Frankreich exportiert nach China in den Bereichen des Transportwesens (Automobilzulieferer, Raumfahrt, Material für den Schienenverkehr), außerdem Spirituosen, Mineralwasser, Kosmetik, Luxuslederwaren sowie Arzneimittel. Aber China importiert dreimal soviel aus Deutschland wie aus Frankreich. Die Tourismusindustrie hat einen wachsenden Stellenwert mit mehr als 600.000 Chinesen, die Frankreich im Rahmen europäischer Rundreisen besuchen – sie bleiben nur kurze Zeit, geben aber viel Geld beim Shopping aus.

Alte politische Beziehungen

Das vorolympische Psychodrama hat in den Augen Pekings die Bedeutung der seit langem etablierten politischen Beziehungen zu Paris bestätigt. Die führenden chinesischen Politiker haben die Wichtigkeit der Beziehungen Sarkozys als eine Infragestellung der privilegierten Verbindungen wahrgenommen, die auf de Gaulle zurückgehen – und sie haben konsequent darauf reagiert.

Der französische Staat hatte die Volksrepublik China während der Präsidentschaft General de Gaulles am 27. Januar 1964 anerkannt. Andere

¹ Pierre Rousset ist Mitglied von "Europe solidaire sans Frontière" (Frankreich) und hat sich seit 1965 an Solidaritätsaktivitäten mit asiatischen Befreiungs- und sozialen Bewegungen beteiligt.

westliche Länder wie Großbritannien hatten im Unterschied zu Frankreich nach 1949 diplomatische Verbindungen zu Peking auf minimalem Level aufrechterhalten. Aber erst als Paris mit Taipeh brach, wurden Beziehungen zu China auf Botschaftsebene geknüpft, acht Jahre vor dem Beitritt der Volksrepublik in die UNO.

Das Ziel war allerdings eher geopolitisch als wirtschaftlich. Frankreich und China sind die beiden letzten Länder, die sich gegen amerikanische und sowjetische Pläne in den sehr geschlossenen Club der Atomkräfte gekämpft haben. Zur Stunde der Konfrontation der «Blöcke» Ost und West betonte jeder seine Autonomie in seinem eigenen «Lager»: Zwei Jahre später verließ Paris das integrierte Militärkommando der Nato - ohne jedoch aus der atlantische Allianz auszutreten - und setzte so die Schließung der US-Militärbasen auf seinem gesamten Territorium durch - Peking bereitete sich zur selben Zeit auf den chinesisch-sowjetischen Konflikt vor.

Die französische Rechte ist natürlich ausdrücklich antikommunistisch geblieben, hatte aber eine starke sinophile Lobby. Die geopolitischen Beziehungen zwischen Paris und Peking wurden 1997 mit der Schaffung einer «globalen Partnerschaft» bestätigt und mit der Unterzeichnung einer «gemeinsamen Erklärung» während des Besuchs Jacques Chiracs im Oktober 2004 bekräftigt. Es scheint, dass Nicolas Sarkozy diese gaullistische Kontinuität während der vorolympischen Krise 2008 in Frage stellte.

Eine solidarische Tradition

Frankreich ist vielleicht eines der Länder, in denen sich in den 1960er Jahren das Interesse für China vor allem in der neuen extremen Linken manifestierte, weit über die maoistischen Strömungen hinaus (die nur über recht kurze Zeit stark waren). Und so hatte eine «trozkistisch-guevaristische» Bewegung wie die kommunistisch-revolutionäre Jugend (JCR - heute Ligue communiste révolutionnaire) zum Slogan: «Die chinesische Revolution ist eine zu ernsthafte Frage, um sie den Maoisten zu überlassen!» Groß war zu dieser Zeit die Zahl derjenigen Menschen, die die Geschichte der Revolutionen und Konterrevolutionen in China studierten und sich später in diversen Organisationen der internationalen Solidarität und der Verteidigung der Menschenrechte wiedertrafen.

Dieses Engagement förderte die aktive Unterstützung der chinesisch demokratischen Bewegung während des «Pekinger Frühlings» (1978-1979),

als Wei Jingsheng den Slogan der «Fünften Modernisierung» (Demokratie) ausgab. Ein Jahrzehnt später war die Wirkung des Massakers von Tiananmen 1989 in Frankreich sehr stark. Unter diesem Eindruck gründete die Sinologin Marie Holzman die Organisation «Solidarité Chine», die sich noch heute der Verteidigung von Dissidenten und besonders Exilanten verschrieben hat.

Chinesische Migranten

Eine der wichtigsten Entwicklungen des letzten Jahrzehnts war die Beteiligung der chinesischen Migranten an den kollektiven Kämpfen der illegalen Einwanderer («sans-papiers») für eine Legalisierung ihrer Situation und der Anerkennung ihrer Rechte. Die öffentliche Intervention chinesischer Arbeiter an der Seite von Nicht-Chinesen zuerst bei der Schaffung des «dritten Kollektivs» der Sans-Papiers, dann beim «Kollektiv 2000» war tatsächlich neu. Durch Generalversammlungen vorbereitet, in denen mehrere Bewegungen gegründet wurden, hat die Mobilisierung militante Formen angenommen, wie die Besetzung der Kirche Saint-Hippolyte im 13. Pariser Bezirk oder eines Sammelagers für Ausländer im 3. Pariser Bezirk zeigte.

Hunderte Familien forderten ihre Legalisierung, brachen mit der Diskretion und der traditionellen Autarkie ihre Diaspora, die von mächtigen Netzwerken eigener Finanziers und Händler (und oft auch von der Unterstützung der chinesischen Botschaft), von einem gemeinschaftlichen Kreditsystem (das «hui») sowie solidarischer «tontines» (gemeinsamer, langfristiger Geldanlagen) profitierte. Der Kampf der chinesischen Einwanderer führte bei 9.000 Anfragen auf Legalisierung dazu, dass ca. 7.500 ihre Papiere erhielten.

In Frankreich gab es mehrere Wellen chinesischer Einwanderung. Die erste geht auf den ersten Weltkrieg zurück. Damals wurden 140.000 Chinesen zur Ersetzung der an die Front geschickten französischen Arbeiter importiert. Zu Beginn der 1920er Jahre, insbesondere im Rahmen der Bewegung für fleißige Arbeit und zielstrebiges Lernen, begaben sich nationalistische Aktivisten nach Frankreich, wo sie sich dem Kommunismus anschlossen, um anschließend bei der Rückkehr in ihr Land die Führungskräfte der Kommunistischen Partei Chinas zu werden: Deng Xiaoping, Zhou Enlai...

Heutzutage lässt sich wahrscheinlich weniger von einer chinesischen Gemeinschaft in Frankreich als von Gemeinschaften sprechen: Emmigranten aus Wenzhou, Teochew, Dongbei... Die Migranten

kommen in der Mehrzahl aus bestimmten Regionen und sprechen unterschiedliche Dialekte. Es handelt sich vor allem um Landbevölkerung, die oft in der Kleinindustrie der süd-östlichen Küstenregion, vor allem aus Zhejiang, Erfahrungen gesammelt hatten, sowie um Chinesen (häufig Händler) aus Südostasien: Kantonesen aus Vietnam oder Chaozhou aus Kambodscha. Jedoch haben die jüngsten drastischen Restrukturierungen der Großindustrie die Emigration von Arbeitern, Führungskräften und Technikern aus dem Nord-Osten provoziert. Seit dem Ende der 1970er Jahre haben sich chinesische Stadtviertel gebildet, die zu echten «Chinatowns» wurden, besonders im 13. Pariser Bezirk und in Belleville (20. Bezirk).

Der Ursprung der Immigranten diversifizierte sich. Heute sind ca. 450.000 Chinesen in Frankreich, davon 250.000 in der Pariser Region. Sie arbeiten zum großen Teil in illegalen chinesischen oder türkischen Werkstätten sowie im jüdischen Viertel Sentier (2. Bezirk), in der Bekleidungsindustrie sowie dem Lederwarenhandel, in der Restauration, im Handel, im Bau- oder im Reinigungsgewerbe.

Im Jahre 2003 hat die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) Recherchen über moderne Formen der Sklaverei in Frankreich durchgeführt, deren Opfer oft die gerade angekommenen illegalen Einwanderer aus China sind. Da sie auf keinen rechtlichen Schutz hoffen können, sind sie von der Rückzahlung der für die Einwanderung aufgenommenen Schulden abhängig. Die Bewegung der *sans-papiers* hat Zeugenaussagen über schreckliche Arbeitsbedingungen in der Schattenwirtschaft gesammelt, außerdem über die Schwierigkeiten, mit den Clanstrukturen der Pariser «Chinatowns» zu brechen.

Vor den olympischen Spielen

Kurz vor den Olympischen Spielen wurde von einem Dutzend Menschenrechtsorganisationen in Frankreich ein «Kollektiv China OS 2008» gegründet. Hierzu gehörten vor allem «Solidarité Chine» und die «Liga für Menschenrechte» (LDH). Innerhalb der LDH unterstützt eine Chinagruppe insbesondere für ihre Arbeit inhaftierte Anwälte – und die Pariser Anwaltskammer hat chinesische Anwälte eingeladen. Diese Aktion der Solidarität ist besonders aufgrund der Rolle wichtig, die die «Anwälte mit nackten Füßen» bei der Verteidigung der Hilflosen spielen.

Im Rahmen der Vorbereitung der Spiele haben sich einige Bewegungen zur Aufgabe gemacht, die Situation der Arbeiter in China besser ken-

nenzulernen und ihre Rechte zu verteidigen. Die gewerkschaftlich-solidarische Union (die die SUD Gewerkschaften miteinschließt) hat den Großteil der Aprilnummer 2008 ihrer Zeitschrift «Internationale Solidarität» dieser Frage gewidmet

Tibet

Aber was vorhersehbar war, ist – wie oft – ins Unvorhergesehene umgeschwenkt: die Mobilisation in Tibet, die Aufstände und ihre Unterdrückung. In den Augen der Medien hat die tibetische Frage die anderen überrundet (man hat sehr wenig von den muslimischen und mongolischen Minderheiten gesprochen). Die öffentliche Meinung bevorzugte in Frankreich spontan die Tibeter. Die wichtigsten Organisationen der extremen Linke verteidigen selbst seit langer Zeit das Selbstbestimmungsrecht des tibetischen Volkes. Jedoch geht diese grundsätzliche Position der Solidarität mit einer Unfähigkeit einher, konkret zu handeln – und auch mit einer großen Unkenntnis der Geschichte und aktuellen Situation des Landes. Die Tibet-Komitees haben diese Frage allen Widerständen zum Trotz verfolgt. Aber, zersplittert und eher «kulturell» als «politisch», haben sie nicht wirklich zur Überwindung der Ahnungslosigkeit beigetragen.

Die französische Debatte hat eine wirklich übertriebene Wendung genommen. Die Erinnerung an den Boykott der olympischen Spiele von Berlin 1936 wurde angeführt, als ob das chinesische Regime dem Hitlerstaat äquivalent wäre – welche eine Banalisierung des Nazismus. Ernsthaftige und interessante Presseartikel wurden sowohl über die Situation in Tibet als auch in China veröffentlicht, aber in der Denunziation Pekings floß die (antikommunistische) Ideologie in Strömen und dabei wurde vergessen, dass der Kapitalismus sich mit ansonsten weitaus blutigeren Diktaturen arrangiert hat, wie die von der KPChinas ausgeübte. Das mediale Gewitter gegen Peking hat solche Ausmaße angenommen, dass ein Professor, Michel Godet, und ein ehemaliger Wirtschaftsminister, Francis Mer, am 10. Juni 2008 einen Kommentar in der *Le Monde* veröffentlichte, um daran zu erinnern, dass gerade von einem kapitalistischen Standpunkt aus die aktuelle Entwicklung Chinas eher besungen als verunglimpft werden müsste.

In diesem Kontext hat die Organisation «Reporter ohne Grenzen» (RSF) eine Serie spektakulärer Aktionen durchgeführt, die den großen Verdienst hatten, in Frankreich die Proteste gegen die chinesische Repression in Tibet zu verbreiten. Sie hat sich aber leider an der Übertrumpfung von Vor-

würfen beteiligt, als wenn die Denunziation der Spiele in Beijing jedwede Übertreibung rechtfertigt. Ein Demonstrationsaufruf wurde von der tibetischen, taiwanesischen und chinesischen Gemeinde Chinas unterzeichnet, während die große Mehrheit der besagten «chinesischen Gemeinde» nicht aktiv wurde, die Spiele zu bekämpfen – nein, weit gefehlt. Hier ist eine ganze Solidaritätskonzeption betroffen: spektakuläre «Coups» ersetzen eine echte, rigorose (also kritische) Informationsarbeit.

Eine zwiespältige Bilanz

In Bezug auf die Solidarität ist die Bilanz der letzten Monate also zwiespältig. Nach einer langen Phase der Vergessenheit ist die tibetische Frage wieder ins Zentrum politischer Aktualität zurückgekehrt – und trotzdem, das Selbstbestimmungsrecht des tibetischen Volkes wurde nur von minoritären Strömungen verteidigt (insbesondere in der extremen Linken). Und mit der Eröffnung der olympischen Spiele, haben sich die Tibeter in der internationalen Arena isolierter wiedergefunden als die Autoritäten aus Peking.

Journalisten, Forscher und Aktivisten haben die Aktualität der Spiele genutzt, um die soziale und politische Situation in China bekannter zu machen – dennoch wurde die Informationsarbeit teilweise von Ideologen verschleiert, die die wichtigsten Medien besetzten.

Vielfältige Initiativen wurden gegründet, aber sie blieben zersplittert: NGOs unterstützen Projekte oder entwickelten Partnerschaften in China, Vereine helfen Dissidenten oder unabhängigen Anwälten, Gewerkschaften widmen sich Arbeitsbedingungen und dem Gewerkschaftsrecht, politische Organisationen versuchen die Entwicklung des Regimes zu analysieren, Labore arbeiten über das Klima und studieren die Auswirkungen der Erwärmung in China...

Chinesische Studien

Frankreich ist eines der Länder mit einer reichen universitären Tradition chinesischer Studien. Die Schüler von Edouard Chavannes, insbesondere Paul Pellio, Henri Maspero und Marcel Granet, haben die französische Sinologie im 20. Jahrhundert begründet. Im Verlauf der Jahrzehnte haben viele Forscher eine wichtige Rolle gespielt, wie Jacques Gernet, aber auch Jean Exarra und Mirielle Delmas-Marty in Jura, Jean Chesneaux für die Arbeiterbewegung, Lucien Bianco für die Landwirtschaft oder Marie-Claire Bergère in Be-

zug auf die Geschichte des chinesischen Bürgertums.

Universitär und wissenschaftlich existieren heute aktive Kollaborationen zwischen Frankreich und China in diversen Bereichen, insbesondere in Rechtsfragen, der Mathematik sowie der Geschichte. Das Institut für politische Wissenschaften (Sciences Po) hat ein permanentes Büro in Peking eröffnet. Es ist gut möglich, dass Deutschland und Frankreich die beiden europäischen Länder mit den ernsthaftesten Austauschnetzwerken von Forschern sind.

Die Zukunft der Solidarität

Politisch und kulturell hat China in Frankreich also viel gezählt. Aber ganz allgemein ist Asien seit den 1970er Jahren das Stiefkind der Solidarität geworden. Mit einigen Höhen und vielen Tiefen wurden Solidaritätsnetze mit Lateinamerika, dem Mittlerem Osten, Nord- und Schwarzafrika erhalten – das ist in Bezug auf den Orient sehr wenig der Fall. Organisationen, die wie «Solidarisches Europa ohne Grenzen» (ESSF) ihre Prioritäten Asien zuwenden, sind viel zu klein, um alleine diese Tendenz umzukehren.

Trotzdem wird China im Zentrum vieler Sorgen bleiben. Es gibt eine diffuse Unruhe in der französischen Bevölkerung über die Effekte der Standortverlagerungen oder des kommerziellen Dumpings Chinas sowie ein reelles Interesse an der Situation der Arbeitenden sowie der Rechte und der Freiheiten in China. Diese Beunruhigung und dieses Interesse wurden in der «Textilkrise» von 2005 mit dem Ende der Importquoten wiederbelebt. Wie es der Bericht von «Global Labor Strategies», „Why China Matters: Labor Rights in the Era of Globalization“ von April 2008 unterstreicht, ist der internationale Kampf für die Verteidigung der Arbeiter interdependenter als je zuvor. Dies gilt umso mehr als westliche Großkonzerne in China operieren und selber die Konkurrenz zwischen den Lohnarbeitern verschiedener Länder organisieren. Die beste Art, für die französischen Arbeitsplätze zu kämpfen, ist also, aktiv die chinesischen Arbeiter zu unterstützen – auch gegen französische Chefs, wenn es dazu kommen sollte.

Eine der konkreten Schwierigkeiten, mit denen die französischen Organisationen in diesem Bereich konfrontiert sind, ist das Fehlen eines «reaktiven» chinesischen Gewerkschaftspartners. Der französische Zementhersteller Lafarge sitzt in Südkorea und in China. Als Entlassungen die Arbeiter einer Niederlassung betrafen, sind koreanische Gewerkschafter der KCTU im Herbst 2007

nach Paris gereist, um Aktionen gegen den Hauptsitz des Großkonzerns durchzuführen. Sie wurden während mehrerer Monate vom betroffenen Gewerkschaftsbund CGT empfangen und haben die Unterstützung von Solidaires erhalten. Diese Art internationaler Kooperation von Aktivist*innen ist essentiell. Aber als Lafarge im Juni des gleichen Jahres massenhafte Entlassungen in China durchführte, ist nichts dergleichen geschehen.

In China gibt es eine einzige Gewerkschaft – die „All China Federation of Trade Union“ (ACFTU) – die vor allem als Vermittlungsinstanz zwischen den Machthabern und Arbeitern dient. Der internationale Gewerkschaftsbund (IGB) nimmt zur Zeit Kontakt zur ACFTU auf, aber es ist sehr schwer die Entwicklung letzterer vorrauszusehen – ebenso wie es schwierig ist, sich die Entstehung

eines Gewerkschaftspluralismus in China vorzustellen.

Bis heute hat die Entwicklung der globalisierungskritischen Bewegung nicht wirklich erlaubt, die Solidarität gegenüber Asien zu mobilisieren, aber sie hat einen unabdingbaren internationalen Geist aufleben lassen. Zur Stunde der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise erweist sich die gemeinsame Verteidigung der Arbeiter im Osten und Westen des eurasischen Kontinents als Frage von besonders brennender Aktualität.

Übersetzung aus dem Französischen:
Claudia Ruddat

In französischer Sprache ist der Artikel im Internet verfügbar unter:
www.europe-solidaire.org/spip.php?article11603

Herausgeber: Asienstiftung für das EU-China-Civil-Society Forum.

Koordination

Asienstiftung
Bullmannaue 11, 45327 Essen
Phone: ++49 – (0)2 01 – 83 03 838
Fax: ++49 – (0)2 01 – 83 03 830
klaus.fritsche@asienhaus.de

Werkstatt Ökonomie e.V.
Obere Seegasse 18, 69124 Heidelberg
Phone: ++49 – (0)6 221 – 433 36 13
Fax: ++49 – (0)6 221 – 433 36 29
klaus.heidel@woek.de

Österreich : Südwind Agentur, Franz Halbartschlager, Laudangasse 40, A-1080 Wien, e-mail : franz.halbartschlager@oneworld.at



Das Projekt „EU-China: zivilgesellschaftliche Partnerschaft für soziale und ökologische Gerechtigkeit“ wird von der Europäischen Union gefördert. Die vom Projekt vertretenen Positionen können in keiner Weise als Standpunkte der Europäischen Union angesehen werden